

Rede
Bürgermeister Michael Kreuzberg
anlässlich der Einbringung des Doppelhaushaltes 2011/2012
in der Ratssitzung am 11.04.2011

Sperrfrist: 11.04.2011, Beginn der Rede

- Es gilt das gesprochene Wort! -

Die Zukunft wird so aussehen, wie wir sie gestalten. (Jean Fourastié)

Inhalt:

Einleitung	2
Rahmenbedingungen	3
Haushaltssituation in Brühl	4
Kinder- und Jugendförderung	8
Wohnen in Brühl	13
Soziale Stadt Vochem	14
Stadtentwicklung	15
Verkehr	20
Wirtschaftsförderung	21
Umwelt	22
Kultur, Tourismus und Sport	24
Friedhofswesen	26
Feuerwehr/Personal	27
Schlussbemerkungen	30

Einleitung

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates,
liebe Bürgerinnen und Bürger,
verehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien,

zu einer ungewöhnlichen Jahreszeit stehe ich heute hier, um Ihnen das Zahlenwerk zu präsentieren, das das Fundament unseres kommunalen Handelns für die nächsten Jahre bildet. Dass der Kämmerer und ich den Haushaltsentwurf abweichend von den Empfehlungen des Gemeindehaushaltsrechts erst heute einbringen, hat gewichtige und nachvollziehbare Gründe, auf die ich später noch im Einzelnen eingehen werde. Angesichts der fortgeschrittenen Zeit im Jahresverlauf haben wir uns im Verwaltungsvorstand einvernehmlich entschieden, einen **Doppelhaushalt** für die Jahre 2011 und 2012 aufzustellen, um so die Möglichkeit zu erhalten, die nachfolgenden Haushaltsentwürfe wieder im alt bekannten Rhythmus einbringen zu können.

Bei der Vorbereitung meiner diesjährigen Haushaltsrede bin ich auf ein Zitat von Jean Fourastié gestoßen, das die Situation oder vielmehr die Inhalte des Haushaltsentwurfes nicht besser hätte beschreiben können.

Die Zukunft wird so aussehen, wie wir sie gestalten.

Zum zwölften Mal in meiner Amtszeit bringe ich heute den Haushalt ein. **Auch im vorliegenden Zahlenwerk finden Sie wieder zahlreiche und bedeutende Projekte, die ich Ihnen zur Beschlussfassung vorschlage.** Dem Haushaltsentwurf können Sie meinen festen Willen entnehmen, die Zukunft unseres Gemeinwesens, unserer Stadt aktiv zu gestalten, damit Brühl für seine Bürgerinnen und Bürger, für Alt und Jung, aber auch für Zuzugswillige noch attraktiver wird, als es bisher ohnehin schon ist.

Und: Meine sehr verehrten Damen und Herren, um die Kernaussage vorwegzunehmen:

Durch eine sehr sorgsame Haushaltswirtschaft, die durch die konjunkturelle Erholung unterstützt wird, sind wir - wie auch in den vergangenen Jahren - in der Lage, zukunftsweisende Projekte finanzieren zu können. Das bedeutet, dass wir nach derzeitigem Stand den Haushalt auch in den kommenden Jahren werden ausgleichen können.

Dieses unter den gegebenen Rahmenbedingungen zu schaffen, ist bei weitem keine Selbstverständlichkeit, wenn man den Blick auf unsere Nachbarkommunen wirft, die zum

größten Teil verpflichtet sind, Haushaltssicherungskonzepte aufzustellen oder sich gar im Nothaushaltsrecht befinden.

Diese Tatsache für sich begründet jedoch keine Rechtfertigung, sich auf dem Erreichten auszuruhen oder finanzielle Überheblichkeit an den Tag zu legen. Im Gegenteil: **Die finanziellen Spielräume, die es uns heute ermöglichen, die Zukunft in die Hand zu nehmen und gestalterisch tätig zu werden, konnten letztlich nur durch unsere immerwährenden Sparbemühungen geschaffen werden.** Angesichts der finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist dies eine herauszustellende Leistung, für die ich mich beim Verwaltungsvorstand, aber auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an dieser Stelle ganz herzlich bedanke. In diesen Dank schließe ich ausdrücklich auch unsere Töchter im Konzern Stadt, die Stadtwerke und die Gebausie, mit ein.

Rahmenbedingungen

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

vor einigen Jahren habe ich an dieser Stelle meiner Haushaltsrede das Sprichwort „Den letzten beißen die Hunde“ bemüht. Leider hat dieser Aphorismus von seiner Aktualität nichts eingebüßt. Von den Kommunen vor Ort wird erwartet, dass sie Schulen sanieren, die Kinderbetreuung ausbauen, Sport und Kultur fördern und viele Dinge mehr. Allerdings ist die dafür erforderliche finanzielle Ausstattung in kaum einer Kommune vorhanden. **Der Wirtschaft geht es insgesamt wieder besser, die mittelständischen Unternehmen besitzen eine wieder reale Chance, endlich Gewinne zu generieren - nur die Finanzlage der Städte und Gemeinden bleibt weiter katastrophal.** Obwohl sich die Steuereinnahmen weitgehend stabilisiert oder – in Einzelfällen – sogar gesteigert haben, erwarten die Kommunalen Spitzenverbände für das Jahr 2010 ein Finanzierungsdefizit von rd. 11 Milliarden €. Die Sozialausgaben werden auf über 41 Milliarden € steigen, und auch die Kassenkredite der Kommunen werden einen kaum vorstellbaren Wert von fast 40 Milliarden € erreichen. **Alles Zahlen in nie da gewesener Höhe,** wie die Grafiken der Power-Point-Präsentation eindrucksvoll belegen. An dieser Stelle danke ich auch besonders Herrn Nies, der – wie in jedem Jahr – meinen Vortrag visuell unterstützt.

Was drücken diese Zahlen aus? Dass die finanzielle Situation der Kommunen katastrophal ist, liegt auf der Hand. Was uns aber besonders zu denken geben sollte, ist die Tatsache, dass diese Unterfinanzierung nicht konjunkturell, sondern strukturell bedingt ist. **Die Kommunen befinden sich in einer Lage, in der eine nachhaltige Gesundung der Finanzen ohne massive Hilfen des Bundes und des Landes nicht möglich sein wird.**

Eine deutliche Sprache spricht auch die alljährliche Haushaltsumfrage des Städte- und Gemeindebundes NRW für das abgelaufene Jahr 2010. Von 359 Mitgliedsstädten sind 143 Kommunen in der Haushaltssicherung. Besonders erschreckend dabei ist, dass von diesen etwa 115 keine Genehmigung ihres Haushaltssicherungskonzeptes erhalten haben und insofern das Nothaushaltsrecht gilt, das die Kommunen in ihrer Handlungsfreiheit umfassend einschränkt. Nur 5 % der Mitgliedskommunen schaffen den gesetzlich wünschenswerten Fall des echten Haushaltsausgleichs.

Die Finanzmisere der Kommunen, meine Damen und Herren, ist in den wenigsten Fällen hausgemacht. Die Übertragung von Aufgaben und Lasten auf uns Kommunen ohne auskömmlichen finanziellen Ausgleich lässt kaum Chancen zu, aus eigener Kraft den Haushalt zu konsolidieren. Insbesondere bei den Sozialtransferzahlungen sind dringend Entlastungen notwendig. Nur beispielhaft möchte ich Ihnen wesentliche Aufgabenbereiche aufzählen:

- die Kosten für Unterkunft und Heizung für Langzeitarbeitslose und ihre Familien
- die Ausgaben bei der Kinder- und Jugendhilfe
- die Kosten der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen
- die Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
- die Kosten der Hilfe zur Pflege

Ich würde mir wünschen, dass das seit 2004 in der Verfassung des Landes verankerte **Konnexitätsprinzip bei allen von Bund und Land übertragenen Aufgaben** geltend gemacht wird. Ein erster Erfolg für die kommunale Selbstverwaltung konnte im Herbst vergangenen Jahres erzielt werden, als der Verfassungsgerichtshof des Landes NRW zum Kinderförderungsgesetz geurteilt hat. Demnach muss das Land den Kommunen die Kosten für den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung für unter dreijährige Kinder und die Einführung des Rechtsanspruchs für einjährige Kinder erstatten.

Leider greift das Konnexitätsprinzip jedoch an vielen Stellen noch nicht, so dass wir auch weiterhin einer Art von „modernem Raubrittertum“ ausgesetzt sind. Dadurch wird auch uns, den kommunalen Entscheidungsträgern, ein großes Maß an Gestaltungsspielraum genommen. Und wenn Politik „gestalten“ heißt, muss die Frage erlaubt sein: **Machen wir eigentlich noch Politik oder sind wir nur noch Verwalter einer durch Bund und Land verursachten Mangelwirtschaft?** Dass die derzeitige Landesregierung sich dieses Problems annehmen will, ist nur zu begrüßen. Die Ergebnisse allerdings bleiben abzuwarten.

Haushaltssituation in Brühl

Was bedeuten diese Rahmenbedingungen für Brühl?

Als wir im Herbst des vergangenen Jahres im Verwaltungsvorstand zusammensaßen und den Haushaltsentwurf erstmalig berieten, mussten wir feststellen, dass es nur eine sehr, sehr dürftige Datengrundlage gab, um einen seriösen Haushaltsplan-Entwurf wie gewohnt einbringen und Ihnen vorstellen zu können, da wesentliche Leitlinien für die Bemessung der Haushaltsansätze für Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen - die sogenannten Orientierungsdaten des Landes - zwar vorlagen, sich aber auf die Ergebnisse der Steuerschätzung aus dem Frühjahr bezogen, was zum damaligen Zeitpunkt nicht der wirklichen Erkenntnis der Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte entsprach. Der im Herbst eingebrachte Haushalt hätte somit - auch noch von falschen Kriterien ausgehende - „Kaffeesatzleserei“ enthalten müssen. Zudem wusste niemand zu dem Zeitpunkt, wie sich Kreis-Haushalt und damit Kreis-Umlage darstellen würden. **In der Gewissheit, dass die Ergebnisse der November-Steuerschätzung wesentlich besser sein würden als im Frühjahr, haben wir uns im Verwaltungsvorstand einvernehmlich dazu entschieden, den Haushaltsentwurf auf eine verlässlichere Datenbasis zu stellen und ihn zu einem späteren Zeitpunkt einzubringen. Die Regionalisierung der November-Steuerschätzung hat uns in unserem Handeln bestätigt.**

Was wir allerdings auch damals schon sicher wussten, war die Tatsache, dass die eingangs **exemplarisch dargestellten Belastungen auch in Brühl in die Millionenhöhe reichen.** Es entstehen Fehlbeträge, die kein Ratsmitglied, kein Bürgermeister und keine Verwaltung hier in unserer Stadt zu vertreten hat. **Dennoch – ich habe es eingangs bereits erwähnt – ist es uns wiederum gelungen, das Damokles-Schwert eines Haushaltssicherungskonzeptes für unsere Stadt abzuwenden.**

In den vergangenen Jahren habe ich immer wieder auf die **Folgen eines Haushaltssicherungskonzeptes** hingewiesen: Die Finanzpolitik der Stadt werde von übergeordneten Behörden bestimmt. Man sei nicht mehr Herr im eigenen Haus und habe kaum noch eigene Handlungs- und Gestaltungsspielräume.

Doch diese wenigen Spielräume, liebe Ratsmitglieder, will ich unbedingt erhalten. Schafften wir den Haushaltsausgleich nicht, steuerten wir nach der derzeitigen Rechtslage unmittelbar ins **Nothaushaltsrecht. Die Gesetzesinitiative, genau diesen Tatbestand zu ändern, kann ich nur begrüßen.** In diesem Zusammenhang werbe ich für eine möglichst breite politische Basis, denn es kann, verehrte Kolleginnen und Kollegen des Rates, von keinem von uns gewünscht sein, unsere Gestaltungsmöglichkeiten zu verlieren. Eine Koalition der Vernunft ist das Gebot der Stunde.

Wenn wir zum Haushaltsausgleich auch tief in unsere Rücklagen greifen müssen, habe ich es in den Vorberatungen für nicht vertretbar gehalten, die Grund- oder Gewerbesteuern anzuheben. Nach wie vor bin ich der festen Überzeugung, dass auch unsere vergleichsweise moderaten Steuersätze als Standort- und Zufriedenheitsfaktor nicht unterschätzt werden dürfen. Insbesondere die Gewerbesteuer hat sich in den letzten Jahren als zuverlässige Stütze unseres Haushaltes herausgestellt. Während andernorts – teilweise auch durch Monostrukturen begünstigt – der Einbruch der Gewerbesteuer ehemals finanzstarke Kommunen ins Nothaushaltsrecht geführt hat, haben wir in Brühl kaum Einbrüche erleiden müssen. Ganz im Gegenteil: **Sie werden bald im Abschluss des Jahres 2010 ein Rekordergebnis bei den Gewerbesteuererträgen in Höhe von fast 23,5 Mio. € vorfinden können. Trotz aller Freude über dieses außerordentlich positive Ergebnis dürfen wir natürlich nicht vergessen, dass wir im Rahmen des Finanzausgleichs im Jahre 2012 mit großer Sicherheit wesentlich weniger Schlüsselzuweisungen erhalten werden.**

Doch nun zu den einzelnen Kenndaten. Für den Etatentwurf 2011/2012 ergibt sich folgendes Bild:

Im Ergebnisplan 2011 weist der Entwurf Erträge in Höhe von	93.570.000 €
aus;	
ihnen stehen Aufwendungen in Höhe von	102.120.000 €
gegenüber.	

Im Finanzplan 2011 sind	
Einzahlungen in Höhe von	84.980.000 €
und Auszahlungen in Höhe von	88.490.000 €
eingestellt.	

Für das Jahr 2012 werden Erträge in Höhe von	83.730.000 €
und Aufwendungen in Höhe von	103.600.000 €
erwartet.	
Einzahlungen im Finanzplan in Höhe von	75.570.000 €
stehen Auszahlungen in Höhe von	89.765.000 €
entgegen.	

Meine Damen und Herren,
damit weist der Ergebnisplan für das Jahr 2011 ein planmäßiges Defizit in Höhe von 8.550.000 € und der Ergebnisplan für das Jahr 2012 in Höhe von 19.870.000 € aus. Neben

der Tatsache, dass wir für das Jahr 2012 aufgrund der eben erwähnten Folgen des Finanzausgleichs Mindereinnahmen von 7 Mio. € im Bereich der Schlüsselzuweisungen veranschlagt haben, liegt der Grund für die Abweichung zwischen diesen Jahren auch in der **Systematik des Gemeindehaushaltsrechts** begründet. Demnach wären wir zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes für den Fall verpflichtet, dass wir in zwei aufeinander folgenden Jahren unsere Rücklage um mehr als 5 % verringern. Durch die Reihung von gutem und schlechtem Jahr erhalten wir die Möglichkeit, ein Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden.

Aufgrund des außerordentlich guten Ergebnisses 2010 werden wir in der Lage sein, das planmäßige Defizit für 2011 durch die wieder vollständig gefüllte Ausgleichsrücklage decken zu können. Der Haushalt 2012, in dem wir aus eben erwähnten Gründen einen Großteil der Aufwendungen konzentriert haben, wird seinen Ausgleich durch die Ausgleichsrücklage und einen Rückgriff auf die Allgemeine Rücklage erfahren.

Bevor allerdings der Eindruck entsteht, wir würden den Haushaltsausgleich lediglich durch kreativen Umgang mit dem Gesetz erreichen, sage ich hier in aller Deutlichkeit, dass **dieser Erfolg nur aufgrund unserer Sparbemühungen der letzten Jahre möglich ist. Das strukturelle Defizit hat hier im Raum niemand zu verantworten.** Unabhängig von den Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene – die ich im Übrigen mit großer Spannung erwarte – kommen wir aber auch nicht umhin, unsere eigenen Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung ungebrochen fortzusetzen. Zugegebenermaßen wird dies angesichts der bereits in den letzten Jahren erfolgten beträchtlichen Einsparungen noch mühsamer. Es fordert von uns allen intelligente Lösungen gepaart mit Mut, Beweglichkeit und Kreativität und letztlich wiederum die Kraft zur Gemeinsamkeit. Innerhalb der Verwaltung können wir zu nachhaltigen Einsparungen bei den Personal- und Sachkosten meiner Ansicht nach weiterhin nur über Aufgabenkritik und weitreichende Strukturveränderungen gelangen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,

die Zukunft wird so aussehen, wie wir sie gestalten.

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir hier in Brühl bei aller Beeinträchtigung der kommunalen Selbstverwaltung noch manche Handlungs- und Entwicklungsspielräume haben, die wir in den letzten Jahren nutzen konnten, aber auch gerade jetzt für die Gestaltung unserer Zukunft nutzen müssen.

Was meine ich damit im Einzelnen?

Kinder- und Jugendförderung

Wenn es darum geht, wie wir Brühl zukunftsfähig machen, kommt der Kinder- und Jugendförderung eine zentrale Bedeutung zu. Jeder Euro, der im Haushalt für diesen Bereich vorgesehen ist, stellt eine Investition in die Zukunft dar. Und solche Investitionen gibt es reichlich.

Beginnen möchte ich mit der **frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung**.

In gut zwei Jahren, im Sommer 2013, tritt der uneingeschränkte **Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ab einem Jahr** in Kraft, deren Eltern einen Bedarf geltend machen.

Der Bundesgesetzgeber ging seinerzeit bei der Verabschiedung des Gesetzes davon aus, dass 35 % der Eltern einen Platz für ihre Kinder beanspruchen würden. Diese Zielmarke werden wir in Brühl erreichen, denn **bereits in diesem Sommer stehen für 30 % der oben genannten Altersgruppe Plätze bereit**, davon 90 in Kindertagespflege.

Zur Erreichung des ehrgeizigen Zieles tragen wesentlich auch die neue um zwei Gruppen erweiterte **Kindertagesstätte „Haus für Kinder“ Vochem** und die ebenfalls um zwei Gruppen vergrößerte **Tageseinrichtung Clemens-August** bei. Hierfür schlage ich vor, **6,4 Mio. Euro** bereit zu stellen, was einmal mehr die **hohe Bedeutung der frühkindlichen Bildung in unserer Stadt** unterstreicht.

Für den Brühler Süden ist der Erhalt des katholischen Kindergartens in Schwadorf mit einer Gruppe für die über 3-jährigen von enormer Bedeutung. Hierfür bedanke ich mich an dieser Stelle recht herzlich bei der katholischen Kirche, insbesondere bei Dechant Jochen Thull. Hinzu kommt in Schwadorf für die ganz Kleinen eine so genannte Großtagespflegestelle.

Ich werde die Entwicklung der Kinderzahlen in unserer Stadt genau beobachten und auch überprüfen lassen, ob der von den Eltern geäußerte Bedarf tatsächlich den Annahmen des Gesetzgebers entspricht. Sofern dies nicht der Fall ist - wofür jetzt bereits Vieles spricht - werde ich darauf im Rahmen der Fortschreibung der Jugendhilfeplanung in spätestens zwei Jahren mit neuen Vorschlägen zu einem weiteren Ausbau reagieren.

Meine Damen und Herren,

die Betreuung unserer Kinder in Tagespflege und in Tageseinrichtungen ist ein wichtiger Faktor. Allein reicht sie jedoch nicht aus, das Potential der bedürftigen Kinder aus Familien, in denen die deutsche Sprache nicht ausreichend vermittelt wird, oder der Kinder, die in so genannten bildungsfernen Milieus aufwachsen, umfänglich aufzufangen. Hier muss die **Sprachförderung**, die von der vorherigen Landesregierung zur Pflicht erhoben wurde, fachlich kompetent und zeitlich sehr intensiv durchgeführt werden. Aus diesem Grunde habe ich in der Verwaltung nicht nur eine zusätzliche Stelle für eine Spezialistin in diesem Bereich geschaffen, sondern auch aus dem Bundesprogramm „Sprache und Integration“ Mittel beantragt und erfreulicherweise auch zugesagt bekommen. In den **Kindertagesstätten Lessingstraße und „Auf der Pehle“** wird deshalb über drei Jahre eine **zusätzliche Fachkraft**, die vollständig aus Bundesmitteln refinanziert wird, beginnend mit dem 01.06.2011 eingesetzt.

Neben der Sprachförderung sollen durch die so genannte **Bildungslotsin**, die ab 01.05.2011 über den freien Träger Sozialdienst Katholischer Frauen im Rahmen der Sozialen Stadt tätig werden wird, Eltern durch aufsuchende Sozialarbeiterinnen Möglichkeiten der Bildungsförderung ihrer Kinder kennen lernen und einüben.

In erschreckender Weise hat leider die **Zahl der Hilfen zur Erziehung in den letzten Jahren zugenommen**. Dies ist beileibe kein alleiniges Brühler Problem, sondern zeugt von der Hilflosigkeit einer zunehmenden Zahl von Eltern oder Alleinerziehenden, den Erziehungsprozess ihrer Kinder eigenständig wahrnehmen zu können.

Die Gründe für den gestiegenen Hilfebedarf von Kindern, Familien und jungen Erwachsenen sind u. a.

- dass junge Eltern selber in von Orientierungs- und Hoffnungslosigkeit geprägten familiären Strukturen aufgewachsen sind,
- dass sich vor allem alleinerziehende Mütter häufig durch gesellschaftliche und arbeitsbedingte Situationen unter Druck gesetzt fühlen und ihnen die notwendige Selbstsicherheit und innere Gelassenheit fehlt. Die Kinder werden zum Partnerersatz, sie verlieren ihre Elternkompetenz. Das Rollenverhältnis gerät aus dem Gleichgewicht. Die Eltern verlieren ihre Autorität und die Kraft, sich immer wieder den Aufgaben einer konsequenten Erziehung zu stellen;

- dass sich immer häufiger Patchwork-Familien als Lebensform entwickelt haben. Die Eltern schaffen es hierbei nicht, trotz der Trennung eine gemeinsame Erziehungsstrategie für ihre Kinder zu entwickeln. Die Kinder erhalten keine klaren und deutlichen Strukturen für ihre Entwicklung.
- dass Eltern, die in ihrer Nähe oft kein Kind mehr haben aufwachsen sehen, eine Vorstellung davon fehlt, wie sich Kinder verhalten und entwickeln, somit die notwendige Erziehungssicherheit fehlt;
- die psychische Erkrankung der Eltern,
- finanzielle Schwierigkeiten,
- Suchterkrankungen.

Die Folgen der oben beschriebenen Entwicklung sind nicht nur immens angestiegene Aufwendungen, sondern auch eine **hohe Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Arbeitsgebiet des Allgemeinen Sozialen Dienstes**. Deshalb habe ich trotz der vorhandenen Finanzsituation unserer Stadt dem Vorschlag zugestimmt, eine **weitere Sozialarbeiterin** in dem Bereich zu beschäftigen, die sich **vornehmlich als Rückkehrmanagerin** betätigen wird. Sie soll in den Fällen, in denen eine Rückführung von in Jugendhilfeeinrichtungen untergebrachten Jugendlichen realistisch ist, die Zusammenarbeit mit den Eltern und dem Träger der Jugendhilfeleistungen intensivieren.

Diese Fälle, die die Rückkehrmanagerin übernimmt, führen selbstverständlich bei den anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu einer Entlastung.

Lassen Sie mich, meine sehr geehrten Damen und Herren, an dieser Stelle meine **Anerkennung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes** zum Ausdruck bringen:

Die Ereignisse des letzten halben Jahres haben gezeigt, welche Belastung von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dort täglich auszuhalten ist, aber auch mit welcher **Professionalität in unserem Jugendamt** gearbeitet wird. Dafür allen Kolleginnen und Kollegen des Jugendamtes ein ganz herzliches Wort des Dankes.

Die oben beschriebene Situation fordert uns geradezu heraus, frühestmöglich stützend und ermutigend tätig zu werden. So ist dann auch das **Familien- und Kinderbüro** in den letzten Jahren personell gewachsen. Ich erwähne in dem Zusammenhang beispielsweise den **Elternbesuchsdienst**, der jeder Familie mit einem Neugeborenen oder auch zugezogenen Familien mit Kindern bis zu einem Jahr das soeben in zweiter Auflage erschienene **Elternbegleitbuch** überreicht. Durch die **persönliche Ansprache der Eltern** beim Hausbesuch wird angestrebt, vertrauensvolle Ansprechpartnerin für Familien bei ihren Fragen und Nöten zu werden. Die Hemmschwelle vor Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jugendamts soll abgebaut werden.

An ihre Stelle soll eine positive gedankliche Verknüpfung mit den Sozialarbeiterinnen treten. Bei Familien mit Hilfebedarf finden Folgebesuche statt, die als eine sich an den Erfordernissen orientierende Begleitung der Eltern, hier meist der Mütter, zu verstehen sind.

Aus den bisher gemachten Erfahrungen ergibt sich ein Bedarf an unterschiedlichen familienunterstützenden Maßnahmen, die ich im Folgenden kurz skizziere:

- **Einsatz von Familienhebammen**

Die Betreuung durch Hebammen kurz nach der Geburt ist nicht Defizit orientiert, sondern besteht hauptsächlich darin, die Beziehung, die Bindung von Mutter und Kind zu fördern und die Elternkompetenz zu stärken.

- **Familienpatinnen/Familienpaten**

Familienpatinnen und Familienpaten sind ehrenamtlich Interessierte, die Familien in besonderen Lebenslagen unterstützen wollen. Ziel ist es, junge Familien zu unterstützen und Eltern bzw. allein erziehenden Müttern und deren Kindern Entlastung zu verschaffen. Durch den regelmäßigen Kontakt einer Patin oder einem Paten erfährt die Mutter direkte emotionale und praktische Hilfe. Zum Hilfeangebot gehören etwa Freizeitgestaltung, Behördengänge und Arztbesuche. Die Patin oder der Pate unterstützt die Mutter bei ihren täglichen Aufgaben und steht ihr kompetente und erfahrene für Gespräche zur Verfügung.

- **Haushaltsorganisation**

Manchmal kommt es durch die Geburt eines Kindes zu einer vorübergehenden Überforderung der Eltern, meist alleinerziehender Mütter. Gründe hierfür können die Neufindung der Mutter in der Mutterrolle oder auch die Neugestaltung des Familienalltags nach der Geburt eines zweiten Kindes sein. Diese mögliche

Überforderung wird dann oft in der Vernachlässigung der Wohnung oder auch des gesamten Haushaltes sichtbar.

Besonders erfreulich finde ich im Bereich der frühen Unterstützung von Familien das **Multicenterprojekt im Brühler Marienhospital**. Eine erfahrene Kinderkrankenschwester ist in unserer Geburtsklinik freigestellt worden zur **Erkennung von Risikofamilien**, aber insbesondere zur Einleitung sehr niederschwelliger Hilfen, damit die Kinder von Geburt an eine gesunde Entwicklung nehmen können. **Dieses Multicenterprojekt findet in sehr enger Zusammenarbeit mit dem Jugendamt statt, damit eventuell weitergehende Hilfen von dort aus gewährt werden können.**

Zu einem aktuellen Thema ist zwischenzeitlich auch der Bedarf an **Sozialarbeit an Grundschulen** geworden. Immer wieder wird das Jugendamt von Schulen und OGS-Trägern gerufen, weil Kinder dort große Schwierigkeiten bereiten. Nur beispielhaft erwähne ich einen Fall, in dem einem Kind Jugendhilfeleistungen gewährt werden, die monatliche Kosten in Höhe von ca. 2.000 € verursachen. Eine Mitarbeiterin des Jugendamtes wird künftig Schülerinnen und Schüler in schwierigen Situationen durch ein individuelles Handlungskonzept **unbürokratisch** unterstützen. **Durch die Zusammenführung von fachlichen Kompetenzen aus den Bereichen Schule und Jugendhilfe sollen die Kinder mit einem Unterstützungsbedarf in der Offenen Ganztagschule so gefördert werden, dass ihr Sozial- und Lernverhalten gestärkt wird.**

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass erfolgreiche Arbeit auf diesem Gebiet oftmals von der Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen bzw. Träger abhängt. In diesem Zusammenhang sehe ich auch **das von der Polizei initiierte Projekt „Prävention Jugendkriminalität“**. Ziel ist es dabei, ein dauerhaftes Abgleiten gefährdeter Kinder und Jugendlicher in die Kriminalität zu vermeiden. Neben anderen Kreisen und Städten ist der Rhein-Erft-Kreis als Modellregion ausgewählt worden. Auch hier gilt der Leitsatz: Zusammen erreicht man oft mehr.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass mit all diesen oben dargestellten Instrumentarien es uns gelingen kann, mehr Brühler Kindern als bislang ein Aufwachsen in Gesundheit und sozialer Verantwortung zu ermöglichen.

Kein Kind darf „zurückgelassen“ werden.

Dazu gehört aber auch, beste Voraussetzungen für unsere Schülerinnen und Schüler zu schaffen. Wir haben in den letzten Jahren ein Schulbauprogramm aufgelegt, das seinesgleichen in der Region sucht und mit der Errichtung der Mensa am Max-Ernst-Gymnasium seinen vorläufigen Endpunkt findet.

Wir konnten zudem vor kurzen auf ein äußerst erfolgreiches erstes Jahr **CULTRA** zurückblicken.

Neben den vielen Veranstaltungen z.B. im Rahmen der von mir initiierten Reihe „www.12plus.bruehl.de“ stellen insbesondere die Bauten – seien es Kindertagesstätten, Schulen oder auch das Jugendzentrum Cultra – steingewordene Zeichen unserer erfolgreichen Kinder- und Jugendarbeit dar.

Wohnen in Brühl

Meine Damen und Herren,

Angebote für Kinder und Jugendliche sind wiederum Voraussetzung für die Wohnortwahl junger Familien. Ich brauche nicht zu betonen, dass sich Brühl hier im Wettbewerb mit vielen anderen Kommunen befindet. Ich bin zuversichtlich, dass sich Brühl aufgrund der hervorragenden Infrastruktur in diesem Wettbewerb besonders behaupten wird. Die große Nachfrage nach Wohnraum bestätigt dies eindrucksvoll, wobei wir großen Wert darauf legen, **neben Arealen für Einfamilienhäuser auch Flächen für Geschosswohnungsbau** anbieten zu können.

Ich benötige keine Wohnraumanalyse, um zu der Erkenntnis zu gelangen, dass Wohnungsbau sich möglichst zentrumsnah entwickeln sollte. Mit den **Bebauungsplänen „An der Ziegelei“ und „Heinestraße“** haben wir bereits Baurecht für umfangreichen Wohnungsbau geschaffen.

Darüber hinaus gehe ich davon aus, Ihnen in Kürze einen Bebauungsvorschlag für das **Areal südlich der Giesler-Galerie** vorstellen zu können. Auch bei diesem zentralen Innenstadtgrundstück und der ausgezeichneten Anbindung drängt sich Geschosswohnungsbau fast von alleine auf. Auch diese Nachfrage gilt es zu decken. Deshalb bieten wir in den Ortslagen und Innenstadtrandgebieten ebensolche Flächen an. In vielen Gesprächen mit Bauträgern und Investoren wird mir immer wieder bestätigt, dass die **Baugebiete an der Steingasse und am Südfriedhof** innerhalb kurzer Zeit belegt werden können. Und selbst ein weiteres größeres Gebiet auf den **Decker-Obstwiesen an der K 7** wird die Nachfrage nicht in Gänze befriedigen können.

Fragestellungen wie **altersgerechtes und/oder energetisches Bauen** spielen dabei immer wieder eine Rolle. Anstatt detaillierte Vorgaben zu machen, setze ich in diesem Zusammenhang auf die Gesetze des Marktes.

Was will ich damit sagen?

Wer z.B. im Geschosswohnungsbau nicht altersgerecht oder gar barrierefrei plant, hat einen erheblichen Wettbewerbsnachteil. Oder anders ausgedrückt: Solche Attribute sind heute selbstverständlich. Ähnliches gilt für energiesparendes Bauen. Wer heute einen Neubau errichtet, hat ein ureigenes Interesse daran, möglichst energiesparend zu bauen. Abgesehen von der rechtlich nicht einwandfrei geklärten Frage, ob entsprechende Festsetzungen in einem Bebauungsplan rechtmäßig wären, gibt es in der Energieeinsparverordnung, kurz: ENEV, entsprechende Pflichten für die Bauherren. Derzeit ist die ENEV 2012 in Vorbereitung. Wenn diese in Kraft tritt, müssen bei einem Neubau 30 % der benötigten Energie aus regenerativen Quellen stammen.

Noch ein Letztes zu diesem Themenbereich: Immer wieder fällt der Begriff **Mehrgenerationenhaus**, wobei die wenigsten wissen, dass sich hinter diesem Begriff eine genau definierte Wohnform verbirgt, die es nicht zu verwechseln gilt mit vielen artverwandten Nachfragen. Ältere Menschen wollen möglichst lange selbstbestimmt ggf. in einer Wohngruppe leben. Denkbar wäre auch sogenanntes Servicewohnen, bei dem Hausdienste wie Wäsche oder Reinigung angeboten werden. Diesen Bedarf müssen wir decken und entsprechende Angebote machen. **Für die Errichtung eines originären Mehrgenerationenhaus fehlt das Interesse entsprechender Investoren. Im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan Rosenhof wurde gerade dieses Thema öffentlich diskutiert, eine entsprechende Nachfrage konnte bis heute allerdings nicht verzeichnet werden.**

Soziale Stadt Vochem

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Zusammenhang mit einem bedarfsgerechten Wohnflächenangebot stehen auch unsere Initiativen in Vochem. Neben den im Projekt „Soziale Stadt“ gestellten gesellschaftspolitischen Aufgabenstellungen richten wir unser Augenmerk auf den dortigen Wohnungsbestand. Bereits im Jahr 2008 bei der Vorbereitung des Projektantrages wurde durch die Fa. INWIS Forschung & Beratung GmbH ein Gutachten mit entsprechenden Handlungsempfehlungen erarbeitet. Wenn man heute über die Hauptstraße nach Vochem fährt, sieht man die ersten erfolgreich sanierten Häuserblocks, die dem **Vochemer Entree** ein neues Aussehen

verleihen. Durch entsprechende Grundstücksentwicklung und Neubauten wie an der Straße „**Zum Sommersberg**“ oder an der **Kierberger Straße** soll Vochem ein anderes Gesicht bekommen. Mit der **Umgestaltung des Thüringer Platzes und der damit verbundenen Ansiedlung eines Nahversorgers** setzen wir für die Menschen in Vochem weitere städtebauliche Akzente. Zusammen mit den weiteren zahlreichen Vorhaben, das **Familienzentrum Merseburger Straße** habe ich bereits erwähnt, bin ich guter Hoffnung, dass Vochem in einigen Jahren wieder ein Stück weit attraktiver geworden sein wird. **Es ist im Interesse der Menschen vor Ort und in der gesamten Stadt, dass sich für diese realistische Vision der Gesamtkonzern Stadt verantwortlich fühlt.**

Stadtentwicklung

Liebe Ratskolleginnen und –kollegen,

seit einigen Jahren beschäftigen wir uns neben dem Stadtteil Vochem auch mit der **Rahmenplanung Innenstadt** und dem darin enthaltenen Maßnahmenplan. In den nächsten Jahren werden wir auch der Innenstadt ein neues Gesicht geben.

Die **Neugestaltung des Steinweges** hat bereits konkrete Formen angenommen. Dass eine solche Baumaßnahme nicht gänzlich ohne Friktionen mit Geschäftsleuten und Anwohnern abgewickelt werden kann, ist – so glaube ich – selbstverständlich. Dennoch möchte ich an dieser Stelle allen Verantwortlichen danken, die mit großer Umsicht und Verantwortlichkeit die Geschicke dieser Baustelle am „Lebensnerv“ unserer Innenstadt lenken.

Dies ist jedoch nur eine Maßnahme des **Umbaus der Ost-West-Achse**. Nachdem Klarheit über die Zuständigkeit bzw. Abgrenzung der Aufgaben von Eigentümergeinschaft einerseits und Stadt andererseits herrscht, werden die Arbeiten zur **Sanierung am Balthasar-Neumann-Platz** voraussichtlich noch in diesem Jahr beginnen. Wenn die Eigentümergeinschaft Ende dieses Jahres durch Sanierung der Dehnungsfugen die Dichtheit der Tiefgaragendecke sichergestellt haben wird, werden wir im kommenden Jahr die Platzgestaltung angehen können. Neben der Betonung der Wegebeziehungen auf dem Platz freue ich mich besonders über den **barrierefreien Zugang der Unterführung Brühl-Mitte**, die zu einem späteren Zeitpunkt auf der Seite der Carl-Schurz-Straße ihr Pendant finden wird. Da wir die Unterführung nicht zuschütten dürfen, entfällt somit wenigstens der für Menschen mit Behinderung schon fast diskriminierend wirkende Umweg über die Clemens-August-Straße.

Am anderen Ende der Ost-West-Achse müssen wir die **Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes** voranbringen. Nachdem das Bahnhofsempfangsgebäude mit Hilfe von

Mitteln aus dem Konjunkturpaket I ab diesem Jahr umfassend saniert werden kann, gilt es nach wie vor, einen barrierefreien Zugang zu den Bahngleisen sicherzustellen. **In Absprache mit der Fördermittelstelle der Bezirksregierung Köln haben wir das gesamte Maßnahmenpaket, wozu neben den Aufzügen auch die Umgestaltung des Umfeldes gehört, beim Nahverkehrsverbund Rheinland als Fördermaßnahme angemeldet.** Die Entscheidung, welche der beiden Planungsalternativen zur Umfeldgestaltung letztlich zum Tragen kommt, wurde in Absprache mit der Förderstelle bewusst zurückgestellt. Nach wie vor – so scheint es mir – gilt es hier, dicke Bretter zu durchbohren. Doch eines – meine Damen und Herren - kann ich Ihnen versichern: Ich werde nicht locker lassen.

Weitere Projekte der Innenstadttrahmenplanung sind die **Umgestaltung der Uhlstraße zwischen Stern und Pingsdorfer Straße sowie der Umbau der Carl-Schurz-Straße zu einem verkehrsberuhigten Bereich.** Und schließlich werden wir uns über das künftige **Gesicht des Janshofes** verständigen müssen. **Insbesondere die künftige Gestaltung des Janshofes sehe ich unzertrennlich verbunden mit dem Abriss des Anbauteils des Rathauses B und eines entsprechenden Neubaus an gleicher Stelle** – so wie wir ihn im Haushaltsentwurf, der Ihnen heute vorgelegt wird, vorgesehen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,

seit vielen Jahren diskutieren wir immer wieder über die Unzulänglichkeiten des Anbaus des Rathauses im Steinweg. Bereits vor einigen Jahren hatten wir Haushaltsmittel für den Anbau eines Außenaufzuges vorgesehen. Neben der Tatsache, dass trotz Aufzug lediglich etwa die Hälfte des Gebäudes hätte barrierefrei erreicht werden können, waren **in erheblichem Umfang Sanierungsmittel** vorzusehen, da durch die Aufhebung des Bestandsschutzes für das Gebäude bei Einbau eines Aufzuges erhebliche **Brandschutzmaßnahmen** hätten umgesetzt werden müssen. Bis dato unberücksichtigt geblieben waren die ohnehin aufgrund der schlechten Gebäudestruktur erforderlichen Sanierungsaufwendungen.

Vor diesem Hintergrund haben wir uns im Verwaltungsvorstand in diesem Jahr noch einmal ausführlich mit der Frage eines Neubaus beschäftigt und riefen uns in diesem Zusammenhang den **Vorschlag von Krups-Consultants** aus dem Jahre 2006 ins Gedächtnis, die **Raumfrage der Stadtbibliothek zu optimieren.** Die derzeitige Trennung von Erwachsenen- und Jugendbücherei ist nicht nur räumlich betrachtet unbefriedigend, sondern führt auch zu personellen Mehraufwendungen.

Zudem macht ein **Vergleich der Stadtbibliotheken im Rhein-Erft-Kreis** deutlich, dass Publikumsfläche und Ausleihen - neben anderen Indices wie Öffnungszeiten und Anzahl der

Medien - Parameter des Erfolges einer Stadtbücherei sind. Die Stadt Brühl hält analog zur Stadt Elsdorf die kleinste Publikumsfläche im Rhein-Erft-Kreis vor. Ihre Ausleihzahlen sind noch weiter steigerbar. Durch die zentrale Lage einer möglichen Neuansiedlung der Bücherei, verbunden mit einer den modernsten Anforderungen entsprechenden Ausstattung sowie einer räumlichen Erweiterung wird es gelingen, die Ausleihzahlen weiter zu erhöhen. Ein Anspruch, den unsere Stadt als Kultur-, Wissens- und Bildungsstadt einlösen sollte.

Ein Neubau sollte allerdings nicht Selbstzweck sein, sondern auch einen völlig neuen Servicegedanken aufgreifen: Das Bürgerhaus aller städtischen Dienstleistungen.

Ausgehend von der Fragestellung, welche Leistungen an einem Ort und möglichst aus einer Hand erbracht werden können, haben wir verschiedene Institutionen angesprochen. Unser derzeitiges Konzept sieht vor, neben **der Bücherei und der Kerndienststelle der jetzigen Bürgerberatung** das **Servicecenter der Stadtwerke sowie das der Gebausie** an einem Ort unterzubringen. Zudem ist intendiert, das **brühl-info** in seiner jetzigen Form und Unterbringung aufzugeben und ebenfalls in das neue Service-Center zu integrieren.

Der Gedanke, der hinter dieser Bündelung von Beteiligten und Aufgaben steht, ist der, die Dienstleistungen nicht nur unter einem Dach, sondern im Idealfall auch aus einer Hand zu erbringen. Warum sollte eine Mitarbeiterin der Bürgerberatung nicht die ausgefüllte Zählerkarte für die Stadtwerke annehmen können? Oder warum sollte eine Mitarbeiterin des brühl-info nach entsprechender Anleitung nicht eine Meldebescheinigung ausstellen können? **Im Idealzustand könnten Neubürger bei ihrer Anmeldung beispielsweise am gleichen Schreibtisch auch Strom- und Wasserbezug anmelden.** Dadurch werden zudem **personelle Synergien** möglich, die die Projektrechnung, auf die der Kämmerer später noch eingehen wird, nicht einmalig, sondern laufend entlastet. Zusammen mit den Erträgen, die wir aus der Vermietung des jetzigen brühl-infos und einer möglichen Gastronomie sowie den Kostenerstattungen durch Stadtwerke und Gebausie erzielen, wird ein Großteil der Finanzierungskosten für den Neubau bereits gedeckt werden können.

Und eines, meine sehr verehrten Damen und Herren, sage ich an dieser Stelle ganz deutlich; Dieter Freytag, unserer Kämmerer, wird dies nachher an Zahlen konkret belegen: **Eine Sanierung des jetzigen Gebäudes durch die Installation eines Aufzuges und Schaffung einer Teilbarrierefreiheit stellt keine, ich betone: keine Alternative dar.**

Nicht zuletzt unter Berücksichtigung des **derzeit noch niedrigen Zinsniveaus** können wir aus haushalterischen Gründen den Bau jetzt noch angehen. Wie eingangs erwähnt, ist – auch perspektivisch gesehen – der Haushaltsausgleich unter Einrechnung dieser Maßnahme möglich. Bei steigendem Zinsniveau – die EZB hat gerade den ersten Schritt dazu getan –

sehen wir zu einem späteren Zeitpunkt keinerlei Realisierungschancen für ein solches Projekt.

Und: Stadtplanerisch würde die Errichtung eines solchen neuen Dienstleistungshauses das Projekt „Janshof“, das zwecks weiterer Attraktivierung unserer Innenstadt mittelfristig unbedingt angegangen werden muss, wieder ins Bewusstsein rufen und entsprechend beschleunigen. In einem Guss könnte eines der „zerhütelsten“ und „zerfrattelsten“ Areale der Brühler Innenstadt neu gestaltet werden.

Alle Einzelheiten wie z.B. Architektur und Raumprogramm würden im Hauptausschuss beraten und beschlossen. **Selbstverständlich werden wir Ihnen keine Gastronomie-Nutzung für die oberen Etagen vorschlagen, ohne dass sich ein erfahrener Berater aus der Branche mit dem Thema beschäftigt und die Machbarkeit und den Erfolg begutachtet und in Abrede gestellt oder bestätigt hat. Ob stattdessen oder darüber hinaus auch die Beengtheit des bisherigen Ratssaales seine Auflösung in einer neuen Räumlichkeit findet, wird die Diskussion zeigen.**

Im Vordergrund steht auf jeden Fall und vor allem die größtmögliche Verbesserung der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger. Und selbstverständlich werden wir zudem die Wünsche und Bedürfnisse der Bürgerschaft in einer und, wenn nötig, auch weiterer Informationsveranstaltungen erfragen, denn schließlich soll das neue „**Bürgerhaus aller Dienstleistungen**“ für die Bürgerinnen und Bürger wesentliche Erleichterungen wie **Abbau von Wartezeiten, verbesserte, konzentrierte Kommunikation, einfach mehr Kundenorientierung bei den notwendigen Behördengängen** ermöglichen.

Sofern wir uns dazu entschließen, das Projekt auf den Weg zu bringen, werden wir dies, wie es bei einer solchen Bau- und Honorarsumme vorgesehen ist, im **Luxemburger Amtsblatt europaweit veröffentlichen**. Bis die Ergebnisse der Architektenmeldungen vorliegen und ausgewertet sind, würden wir wiederum ausreichend Gelegenheit haben, in Ausschüssen über die Einzelheiten des Bauvorhabens zu diskutieren und weitere Vorstellungen der Bürgerschaft in entsprechenden Veranstaltungen darin einzubinden.

Zwei Dinge, meine Damen und Herren, werden Sie gleich in der Projektrechnung nicht wiederfinden. Zum einen könnten wir den Bürgerinnen und Bürgern sowie Gästen unserer Stadt einen **Serviceumfang** bieten, der in dieser Konstellation nach meinem Kenntnisstand bisher einmalig ist. Zum anderen würde nicht nur der **Neubau barrierefrei** errichtet werden können, sondern auch der **Altbau** wäre durch Anpassung der Geschosshöhen auf den jeweiligen Ebenen **ohne Barrieren erreichbar**.

Insbesondere diesem Themenbereich kommt aus meiner Sicht vollkommen zu Recht immer mehr Bedeutung zu. Dabei sehe ich nicht nur Menschen mit Behinderungen, die beispielsweise auf einen Rollstuhl angewiesen sind, sondern auch Mütter oder Väter mit Kinderwagen und vor allem auch die große Zahl älterer Menschen hier in Brühl. Wir alle wissen, dass aufgrund des demografischen Wandels die Menschen immer älter werden. Da die Menschen aber auch im zunehmenden Alter gerne mobil bleiben, werden wir **immer mehr Gehhilfen im öffentlichen Raum** wahrnehmen. Losgelöst von Einzelmaßnahmen wird die Schaffung von Behindertengerechtigkeit eine immerwährende Aufgabe sein. Ich freue mich schon heute darauf, wenn wir in wenigen Wochen den **barrierefreien Eingang hier im Rathaus A** seiner Bestimmung übergeben können. Mit der Verbreiterung des Einganges zum Aufzug haben wir auch im Inneren einen wesentlichen Schritt in Richtung Barrierefreiheit getan.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wer aufmerksam zugehört hat, wird feststellen, dass ich bei meinen Ausführungen zur Innenstadttrahmenplanung zwei Themen bisher ausgeklammert habe: Das **Wicke-Gelände** und den **Belvedere-Parkplatz**.

Mit Fördermitteln des Landes unterstützt haben wir mit den verschiedenen Eigentümern des Wicke-Geländes im Rahmen eines moderierten Prozesses in den letzten Jahren die Chancen für eine Projektentwicklung ausgelotet und sind keinen Schritt weitergekommen. **Es wurden ganz heterogene Interessen der einzelnen Eigentümer bis hin zur Äußerung, dass man keinesfalls verkaufen wolle, festgestellt. Zudem gestalteten sich die Preiserwartungen bei Verkauf als - nicht nur meines Erachtens - unrealistisch hoch. Vor diesem Hintergrund habe ich meine Bemühungen in diesem Bereich vorerst einmal eingestellt.** Falls sich wider Erwarten ein realistischeres Verkäufer-Verhalten auftun sollte, werde ich gerne bereit sein, wieder in Verhandlungen zu treten.

Nach wie vor verfolge ich das vom Rat beschlossene Ziel, auf dem **Belvedere-Parkplatz** ein **Hotel und/oder Wohnen** zu realisieren. Die zahlreichen Gespräche mit Projektentwicklern, Architekten und Hotelbetreibern zeigen, dass wir vor einem ambitionierten Projekt stehen. Das Gelände weist – da sind sich alle Experten einig – hervorragende Voraussetzungen für die gewünschte Entwicklung auf. Dennoch machte sich hier auch der zwischenzeitliche, weltweite Konjunkturunbruch bemerkbar. Da sich die Konjunkturlage kräftig und wohl nachhaltig verbessert hat, wächst signifikant auch wieder das Interesse am Projekt. **Sobald es etwas Greifbares gibt, werde ich Sie darüber informieren.**

Insgesamt bin ich sehr zuversichtlich, dass wir unsere Innenstadt weiterhin zukunftsfähig aufstellen können, wenn wir konsequent die von uns beschlossenen Ziele der Innenstadtrahmenplanung verfolgen. An dieser Stelle spreche ich noch einmal meinen Wunsch nach politischem Konsens aus. Das Thema Innenstadt ist zu wichtig, um aus parteipolitischen Zwängen heraus zerredet zu werden.

Mindestens so wichtig wie die Attraktivierung der Innenstadt als solche ist ihre Erreichbarkeit.

Verkehr

Allerdings, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, darf die Erreichbarkeit der Innenstadt im wörtlichen Sinne nicht bedeuten, dass jeder nach eigenem Belieben gegen unsere Verkehrsordnung verstößt und die Einfahrt in den Fußgängerbereich der Kölnstraße als seinen persönlichen Besitz oder sein persönliches Spielfeld ansieht. Die dort mittlerweile vorhandene Situation der Selbstbedienung in Pollerfragen muss unterbunden werden.

Deshalb habe ich mich entschlossen, Ihnen ein „**Elektrisches Pollersystem**“ für die Kölnstraße vorzuschlagen, das nicht mit einem Nachschlüssel geöffnet werden kann. Das ähnliche Problem stellt sich auch an der **Ausfahrt Uhlstraße**, die öfters fälschlicherweise als Einfahrt genutzt wird. Leider hat sich die Klärung technischer Fragen etwas hingezogen, so dass dieser Ansatz noch nicht im Haushaltsplan enthalten ist. **Die nach einer ersten vorsichtigen Schätzung entstehenden Kosten in Höhe von rd. 50.000 € inklusive der notwendigen Tiefbauarbeiten für beide Verkehrspunkte werde ich als Nachtrag zum ersten HA vorlegen. Ein wenig Kompensation können wir dadurch betreiben, dass die Kosten für die Öffnung am frühen Morgen sowie das in letzter Zeit leider überhand genommene Wiederverschließen nach 11.00 Uhr künftig wegfallen werden.**

Meine Damen und Herren,

der Qualität unseres Verkehrssystems kommt eine besondere Bedeutung zu. Wie in allen anderen Städten haben die beiden letzten Winter auch auf unseren Straßen ihre Spuren hinterlassen. **Alle Schäden sind aufgenommen und werden sukzessive abgearbeitet.** Glücklicherweise können wir uns schätzen, dass es sich bei fast allen Hauptverkehrsstraßen in Brühl um Landes- und Kreisstraßen mit der entsprechenden Straßenbaulast handelt. Der Landesbetrieb Straßenbau wird hier erheblichen Aufwand zur Reparatur der Straßen betreiben müssen.

Sehr dankbar bin ich dem Rhein-Erft-Kreis, der im Verlauf der Kreisstraße 7 für eine Optimierung der Verkehrsabwicklung sorgen wird. Mit dem **Ausbau des Knotenpunktes Bergerstraße/Engeldorfer Straße zu einer Kreisverkehrsanlage** wird zudem ein Unfallhäufungspunkt wesentlich entschärft. Im weiteren Verlauf wird der **Bahnübergang an der Berzdorfer Straße neu und damit wesentlich sicherer gestaltet**.

Zudem möchte ich die bereits vor vielen Jahren durchgeplante **Verschwenkung der K 7 vom Palmersdorfer Hof zur Wesseling Straße** zügig vorantreiben. Mit dem Eigentümer der für den Straßenkörper in Anspruch zu nehmenden Ackerflächen habe ich die grundsätzliche Bereitschaft zu einem Grundstückstausch verabredet. Durch Beurkundung eines entsprechenden Vorvertrages wird dem Rhein-Erft-Kreis die Möglichkeit eröffnet, konkret die Finanzierung der Maßnahme vorzubereiten. Es ist geplant, den **Knotenpunkt Rheinstraße/Wesseling Straße ebenfalls als Kreisverkehr** auszugestalten.

Die Optimierung der K 7 ist nicht nur erfreulich, sondern aus meiner Sicht im Hinblick auf die prosperierende Wirtschaft in den Brühler Gewerbegebieten auch mehr als angezeigt, was mich zum Themenblock Wirtschaftsförderung führt.

Wirtschaftsförderung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Zusammenhang mit unserem Gewerbesteueraufkommen habe ich bereits die Vorzüge der mittelständisch geprägten Brühler Wirtschaft angesprochen. Dieser Trend setzt sich bei der Vermarktung unserer Gewerbeflächen fort. **Unsere städtischen Flächen an der Bremer Straße neigen sich nach dem heutigen Verkaufsbeschluss dem Ende zu und stellen uns vor die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit dem entsprechenden Eigentümer eine Entwicklung zusätzlicher Gewerbeflächen voranzutreiben.**

Für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter macht es keinen Unterschied, ob der Einzelunternehmer oder der Großkonzern an die Bürotüren klopft. Jeder Interessent ist herzlich willkommen. Anlässlich einer Diskussionsveranstaltung waren die Zuhörerinnen und Zuhörer sichtbar überrascht, als sie erfuhren, dass die städtische Wirtschaftsförderung von zwei Halbtagskräften betreut wird. Wenn es allerdings zur konkreten Maßnahme kommt – so habe ich weiter ausgeführt –, wird jede Dienststelle unserer Verwaltung mit ihren 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu Wirtschaftsförderern.

In diesem Zusammenhang nenne ich noch einmal die **herausragende Ansiedlung des Service-Centers der Deutschen Telekom mit über 800 Arbeitsplätzen**. In einer großen

Gemeinschaftsleistung verschiedener Dienststellen wurden in kürzester Zeit die notwendigen Genehmigungsverfahren zur großen Zufriedenheit des Bauherrn abgearbeitet.

Nach einer **rekordverdächtigen Bauzeit von nur 9 Monaten** konnte Anfang Januar dieses Jahres der Betrieb aufgenommen werden. Parallel zur Errichtung des Service-Centers gab es bereits **zusätzliche Nachfrage nach Büroflächen**. Der erhoffte Schub scheint somit einzutreten. **Die noch freien Flächen im Brühler Osten erfreuen sich größerer Nachfrage, und ich bin zuversichtlich, dass wir in Kürze weitere Ansiedlungen werden erleben können.**

Untrennbar mit dem Bereich Wirtschaft verbunden ist die **Zukunft des Phantasialandes**. Nachdem die ersten Beschlüsse im Regionalrat gefasst wurden und eine eingesetzte Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Rhein-Erft-Kreises, der Bezirksregierung, des Parks sowie der Stadt Brühl potentielle Erweiterungsflächen erarbeitet und bewertet hat, bin ich auf das weitere Verfahren im Regionalrat gespannt. **Dass Kompromisse zwischen Mensch und Natur auf der einen Seite und wirtschaftlichen Interessen des Parks auf der anderen Seite gefunden werden müssen, ist allen Beteiligten klar.**

Umwelt

Liebe Ratskolleginnen und -kollegen,

das Thema Umwelt ist im Hinblick auf die Zukunft unseres Gemeinwesens von immenser Bedeutung und nimmt einen großen Platz in unserem tagtäglichen Verwaltungshandeln ein.

Die Mittel aus dem **Konjunkturpaket II** der Bundesregierung haben uns in die Lage versetzt, unsere städtischen Gebäude in umfangreichem Maße energetisch aufzuwerten. Durch den Einbau von neuen Fenstern, Heizungsanlagen oder Steuerungselementen oder auch durch umfangreiche Dämmungsmaßnahmen werden wir den **Energieverbrauch unserer Gebäude drastisch senken**. Neben dem sich monetär ausdrückenden Nutzen werden wir auch den **CO₂-Ausstoß maßgeblich senken** können.

Neben technischen Veränderungen sollen zukünftig mehr als bisher auch die Nutzer durch individuelle Ansprache auf energiesparendes Verhalten hingewiesen werden.

Wesentliche Erfolge bei der **CO₂-Reduzierung** können wir auch auf Seiten unserer **Stadtwerke** verzeichnen. Im Bereich der Mobilität denke ich z.B. an die **elektrisch angetriebenen Roller oder E-Bikes**, die die Kunden der Stadtwerke testen können. Die notwendige **Elektrotankstelle** befindet sich im **Parkhaus am Krankenhaus**. Noch in diesem

Jahr werden weitere auf dem **Parkdeck der Giesler-Galerie** und auf dem **Parkplatz am Bahnhof** folgen. Vergangene Woche erst wurden durch die **Deutsche Renault drei Elektro-Fahrzeuge** an die Stadtwerke übergeben, die momentan, bevor sie in Serie auf den Markt kommen, auf ihre Praxistauglichkeit getestet werden. Anfang des kommenden Monats werden die mit **Wasserstoff betriebenen Busse** ihren Betrieb aufnehmen. Diese werden nicht nur durch ihr futuristisches Aussehen für Aufmerksamkeit sorgen. Angetrieben durch den auf dem Chemie-Hügel in Hürth-Knapsack als Nebenprodukt anfallenden Wasserstoff wird dem Auspuff lediglich reines Wasser entweichen.

Aber auch bei der **Erzeugung regenerativer Energie** gehen die Stadtwerke mit gutem Beispiel voran.

Die **Bürgersolaranlage auf dem Lagerdach der Stadtwerke** war ein riesiger Erfolg, so dass es nach kürzester Zeit zu einer Neuauflage, sprich: einer zusätzlichen Anlage kommt.

Aber auch die **Beteiligung der Stadtwerke an einem Biomassekraftwerk in Hürth** ist zukunftsweisend. Während die Stadtwerke Hürth die entstehende Wärme dringend für ihr Fernwärmenetz benötigen, kann der erzeugte Strom von unseren Stadtwerken eingesetzt werden.

Und auch die anlässlich der Ereignisse in Japan getroffenen Entscheidung, **in Brühl ab sofort nur noch zertifizierten GrünStrom** aus regenerativer Erzeugung anzubieten, begrüße ich ausdrücklich. **Sie zeigt den Willen des Konzerns Stadt, Brühls Öko-Bilanz weiterhin zu verbessern und mit dazu beizutragen, fossile und atomare Energiegewinnung auslaufen zu lassen.**

An der Stelle erlaube ich mir einen Hinweis auf die öffentlich geführte Diskussion zum zertifizierten Ökostrom-Bezug. Nach meinem Kenntnisstand waren unter den rd. 400 Stadtwerkekunden, die vorher schon Öko-Strom bezogen haben, nicht nur der Vorsitzende des Kulturausschusses, sondern auch viele Freunde der Grünen. Warum all diese das wohl gemacht haben?

Wenn ich auch die Intention dieses politischen Vorstoßes erahnen kann, bitte ich diejenigen, die diese Diskussion öffentlich führen, doch einmal sich selbst zu überprüfen, inwieweit sie sich gegenüber unseren Stadtwerken – einem Pfeiler unseres Gesamtkonzerns Stadt – geschäftsschädigend verhalten.

Gerade in der heutigen Situation, in der die Kunden vertrauenswürdige und verlässliche Energiedienstleister suchen (s. Magazin des Kölner Stadt-Anzeigers vom 21. März 2011), finde ich ein solches Verhalten mehr als beschämend.

Lassen Sie mich an dieser Stelle den **Stadtwerken** mit ihrem Geschäftsführer an der Spitze ausdrücklich für das gezeigte Engagement danken. Ich tue das in der Erkenntnis, dass die dort handelnden Personen neben dem Erfolg der Stadtwerke auch immer wieder den Konzern Stadt im Blick haben und durch ihre Gewinnzuweisungen letztlich einen wesentlichen Beitrag zum Haushaltsausgleich leisten.

Wie ich bereits angekündigt habe, werden wir noch in diesem Jahr eine Bestandsaufnahme und Standortbestimmung als eine Art **Halbzeitkonferenz** vornehmen, wie weit wir die 25 im Konsens festgelegten Ziele, die anlässlich der **Zukunftskonferenz im Jahre 2001** formuliert wurden, auf dem Weg ins Jahr 2021 schon umgesetzt sind, wo es eventuell konkreten Steuerungsbedarf gibt und welche weiterreichenden Ziele sich ergeben haben. Schon heute bitte ich Sie, sich den Termin zur Durchführung der Halbzeitkonferenz am 8. Juli dieses Jahres vorzumerken. Die **Verleihung des Agenda-Preises** wird als erster Höhepunkt den Start in die Zukunftshalbzeitkonferenz bilden.

Kultur, Tourismus und Sport

Meine Damen und Herren, liebe Ratsmitglieder,

ein Gemeinwesen, wie es die Kommune darstellt, wird sich für die Zukunft nur dann erfolgreich aufstellen können, wenn außer seiner energetisch-ökologischen Ausrichtung auch die sogenannten **weichen Standortfaktoren** wie Sport und Kultur angemessen Berücksichtigung finden.

Wie in jeder Haushaltsrede ist es mir auch dieses Mal ein Anliegen, die **Wichtigkeit des Faktors „Kultur“** für unsere Stadt zu betonen.

Brühl ist eine Stadt, die ihren spezifischen Charme neben vielen sonstigen Qualitäten in besonderem Maße durch die Betonung und Unterstützung des kulturellen Angebotes gewinnt.

Wer gestern im Max Ernst Museum miterleben konnte, wie die Wackelzähne der Kindertagesstätte Badorf-Eckdorf – das sind die Vorschulkinder – ihre mit den Kolleginnen der Kita und den Museumspädagoginnen unseres Max Ernst Museums in Workshops und Ausstellungsbegehungen angeregte Kunst mit Stolz und Freude vorstellen durften, hat einmal mehr ein Beispiel dafür bekommen, was die von uns getätigte Investition in dieses Museum für die kulturelle Entwicklung unserer Kinder bedeutet. Ebenso zielführend ist, dass

auch unsere Grund-, Förder- und weiterführenden Schulen regen Gebrauch von dieser Einrichtung machen.

Brühl ohne unser kulturelles Leben wäre wie Köln ohne den Kölner Dom.

Während vielerorts bei einer sich zuspitzenden Finanzsituation die kulturellen Projekte auf der Streichliste ganz oben stehen, haben wir in Brühl frühzeitig die Notwendigkeit einer gesicherten und dauerhaften Finanzierung kultureller Anlässe erkannt und mit der **Kulturstiftung für die Stadt Brühl** dafür einen entsprechenden Rahmen gegeben. Nach Konzipierung und Institutionalisierung gilt es nunmehr, die Stiftung durch Akquise zusätzlicher Stiftungsgelder in die Lage zu versetzen, sukzessive Aufgaben aus dem Bereich Kultur eigenverantwortlich zu übernehmen und so mittel- bis langfristig den städtischen Haushalt dauerhaft zu entlasten und das kulturelle Leben in Brühl, um das uns so viele beneiden, zu sichern.

Unser reichhaltiges Kulturangebot stellt neben unseren herausragenden Sehenswürdigkeiten nach wie vor ein wesentlicher Anziehungspunkt für den Tourismus dar. Durch eine **Vernetzung der touristischen Akteure** hier in der Innenstadt werden wir mit der Entwicklung von **Kombitickets**, z.B. für Schloss Augustusburg und das Max Ernst Museum, neue interessante Angebote kreieren.

Ebenfalls müssen wir unsere Angebotsstruktur im Tourismus zukunftsfähig ausgestalten.

Was meine ich damit?

Der oft zitierte demografische Wandel wird dazu führen, dass immer mehr **kaufkräftige und konsumbereite ältere Menschen touristische Destinationen im Inland aufsuchen**. D.h. es wird künftig einen zunehmenden Wettbewerb der Kommunen untereinander um die ältere Generation an Gästen geben. Diesem Trend müssen wir einen **generationenfreundlichen Tourismus** entgegensetzen und **Angebote z.B. im Gesundheits- und Wellnessbereich** entwickeln. Dabei werden wir berücksichtigen, dass insbesondere die angesprochene Altersgruppe Ü50 hohe Erwartungen an Bequemlichkeit und Service haben und **barrierefreie Angebote** eine besondere Rolle spielen. Hierzu trägt der Verleih von E-Bikes ebenso bei wie der Umbau von Bushaltestellen zu barrierefreien Haltepunkten, um älteren und/oder behinderten Menschen innerhalb unseres Stadtgebietes uneingeschränkte Mobilität zu ermöglichen.

Für die Lebensqualität in und somit die Zukunftsfähigkeit von Brühl bedeutsam ist ebenfalls das hiesige **Sportangebot**, das allerdings schon einen hohen Standard besitzt, so dass bei unserem Angebot kaum ein Wunsch offen bleiben muss.

Neben vielen gängigen Sportarten denke ich in diesem Zusammenhang beispielsweise an den **Kletterwald am Wasserturm** oder den **Kletterturm in der Kurfürstenstraße**. Unsere Investitionen in die Sportstätten wie die **Kunstrasenplätze**, das **Stadion** oder das **BTV-Sportzentrum** sind in der Region einmalig.

Renovierungsbedürftig ist allerdings das **Sportschwimmbecken in unserem Karlsbad**. Vor einigen Wochen haben wir bereits intensiv über die Unzulänglichkeiten der Startblöcke im Sportausschuss diskutiert, wobei eine Kompletterneuerung die Substanz des Beckens insgesamt in unzumutbarer Weise beeinträchtigen würde.

Vor diesem Hintergrund habe ich die Stadtwerke gebeten, die Kosten für eine Gesamtanierung des Beckens zu ermitteln. Obwohl eine Betonsanierung vor einigen Jahren für die Dichtigkeit des Beckens gesorgt hat, ist der Fliesenaufbau marode. Es ist zu befürchten, dass für den Fall einer Leerung des Beckens, die Fliesen keinen Halt mehr haben und großflächig von den Beckenwänden fallen. **Die Stadtwerke prüfen deshalb eine Auskleidung des Beckens mit einer wartungsfreien Edelstahlwanne, wie wir sie aus den anderen Becken bereits kennen. Da das derzeitige Becken allerdings nicht unterbaut ist, muss zunächst ein statischer Nachweis erbracht werden, dass das Edelstahlbecken in die vorhandene Wanne eingebracht werden kann.**

Ich bin der Auffassung, dass wir, um uns für die Zukunft auch bei diesem Thema gut aufzustellen, eine Komplettsanierung und die Ausführung des Beckens in Edelstahl bei statischer Unbedenklichkeit vornehmen und entsprechende Haushaltsmittel im kommenden Wirtschaftsplan der Stadtwerke einplanen sollten.

Friedhofswesen

Meine Damen und Herren,

ein Thema spreche ich an, das derzeit sehr viele unserer Bürgerinnen und Bürger beschäftigt: Die **Friedhofsverwaltung**.

Als wir im Jahr 2009 den Betriebshof mit den angeschlossenen Bereichen Abfall und Friedhof auf unsere Stadtwerke übertrugen, gab es vor dem Hintergrund der betriebswirtschaftlichen Zwänge nicht nur in der Politik vielfältige Befürchtungen, was die künftige Servicequalität anging. **Rückblickend betrachtet hat sich dieser Schritt nach nunmehr 2 Jahren Erfahrung als goldrichtig herausgestellt.** Die seinerzeit ermittelten Synergien konnten weitestgehend realisiert werden, und von Seiten des übertragenen Personals sind mir bis heute keine besonderen Probleme oder Beschwerden bekannt.

Immer wieder werden seitens der Stadtwerke Möglichkeiten aufgezeigt, wie die einzelnen Bereiche sich betriebswirtschaftlich verbessern können. Dazu gehört selbstverständlich auch das Friedhofswesen. **Eine Schließung der Friedhofsverwaltung an der Bonnstraße wäre betriebswirtschaftlich ohne Frage sinnvoll. Allerdings müssten wir uns dann auch die Frage gefallen lassen, ob der bis dahin erfolgte Service so einfach entfallen sollte. Meines Erachtens darf dies in der angedachten Weise nicht geschehen.**

Dass in Zusammenarbeit mit den örtlichen Bestattungsunternehmen der ein oder andere Arbeitsablauf optimiert werden kann, wird von niemandem bestritten werden. **Doch sind die Verantwortlichen der Stadtwerke meiner Bitte gefolgt, die Friedhofsverwaltung zumindest mit einer Stelle an der Bonnstraße zu belassen, um den Service vor Ort nicht unangemessen einzuschränken.**

Eng verbunden mit der Frage des Servicegedankens ist das Thema **Friedhofs- bzw. Beerdigungskultur**. Das Schreiben der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Brühl hat ja alle Fraktionen erreicht. **Die dortige Sorge um die Friedhofskultur kann ich in weiten Teilen nachvollziehen.** Ich habe die Stadtwerke gebeten, die vorgeschlagenen pflegeleichten bzw. pflegefreien Grabformen auf ihre Umsetzbarkeit hin zu überprüfen und die entsprechend zu erhebende Gebühr durchzukalkulieren. **Ich werde Ihnen noch im Laufe dieser Haushaltsplanberatungen eine novellierte Friedhofssatzung mit entsprechenden Gebührentarifen zur Beschlussfassung vorlegen.**

Feuerwehr/Personal

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

viele Bereiche des täglichen Lebens in Brühl habe ich Ihnen dargestellt und auf die Bezüge zum Thema „**Zukunftsfähigkeit unserer Stadt**“ hingewiesen. Durch politische Beschlüsse haben wir in den vergangenen Jahren zahlreiche Projekte auf den Weg gebracht. Doch was nutzen die besten Beschlüsse, wenn sie nicht mit Begeisterung und Engagement umgesetzt werden? Dass Brühl heute als die heimliche Hauptstadt des Rhein-Erft-Kreises gehandelt wird, liegt u.a. auch an der wichtigsten städtischen Ressource - unserem Personal in den Rathäusern und Dienststellen.

Doch bevor ich auf das Thema vertieft eingehe, hebe ich an dieser Stelle ganz besonders eine Gruppe hervor, die sich tagtäglich um unsere Sicherheit bemüht: Unsere Kolleginnen und Kollegen der **Feuerwehr**.

In der Nacht vom 11. auf den 12. Dezember vergangenen Jahres, als wir das schreckliche Unglück des Hauseinsturzes auf der Pingsdorfer Straße zu beklagen hatten, hat sich wieder einmal die **Schlagkraft unserer Wehr** herausgestellt. **Mit beeindruckender Professionalität und Einsatzwillen bis hin zur persönlichen Gefährdung hat unsere Feuerwehr versucht, Leben zu retten.** Dem emotionalen Moment, als der 12jährige Junge gerettet werden konnte, folgte leider mit zunehmender Dauer des Einsatzgeschehens die Gewissheit, dass die anderen vermissten Personen nur noch tot geborgen werden konnten. Neben dem Zuganglück und dem Brand im Phantasialand handelte es sich hierbei um das dritte Großschaden-Ereignis in den letzten zehn Jahren.

Mir ist es ein persönliches Bedürfnis, auch heute noch einmal unserer Wehr meine Anerkennung und meinen ausdrücklichen Dank auszusprechen.

Gerne habe ich dem Wunsch der Wehr entsprochen, die **innere Struktur im Personalkörper** dem Standard vergleichbarer Kommunen anzupassen. Dazu gehört insbesondere auch, den jungen Kollegen nach Absolvierung der Laufbahnprüfung in absehbarer Zeit die **Chance** zu geben, **das erste Beförderungsamtsamt zu erreichen.** Aus diesem Grund schlage ich Ihnen vor, im Stellenplan **alle Nicht-Funktionsstellen als gekoppelte A7/A8-Stellen** auszuweisen. Das heißt, dass die Kollegen nach entsprechenden Dienstzeiten und Beurteilungen in den Genuss des ersten Beförderungsamtes gelangen können. Das hilft uns ungemein, unseren Nachwuchs **zu halten** und nicht den Abwerbeversuchen benachbarter Wehren hilflos zuschauen zu müssen. Mein Vorschlag lautet, in diesem Jahr die ersten beiden Feuerwehrkameraden und im nächsten Jahr weitere vier nach A 8 zu befördern.

Und auch **im Tagesdienst** – Sie werden es im Laufe der Haushaltsberatungen dem Stellenplanentwurf entnehmen können – schlage ich Ihnen **Anpassungen an die Besoldungsstruktur vergleichbarer Wehren** vor und würde mich freuen, wenn Sie mit mir die Leistungen unserer Wehr honorieren würden und als äußeres Zeichen die **neue Besoldungsstruktur** mittragen. Ich betone noch einmal, dass es sich nicht um eine Lex Brühl handelt, sondern lediglich um eine Anpassung an den Standard vergleichbarer Kommunen.

Doch die Feuerwehr wird uns auch in den kommenden Monaten noch intensiv beschäftigen. Die Untersuchungen zur **Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes** haben ergeben, dass Randbereiche im Brühler Süden und in Vochem nicht in der **gebotenen Hilfsfrist von acht Minuten** durch unsere Wehr erreicht werden können. Der mit der Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes beauftragte Gutachter zeigt letztlich nur eine Lösungsmöglichkeit

auf, wie die gesetzlich normierte Hilfsfrist eingehalten werden kann: **Der Bau einer neuen Feuerwache an einem zentral gelegenen Standort.**

Die erfahrungsgemäß entstehenden Investitionskosten liegen im zweistelligen Millionenbereich und sind in der mittelfristigen Finanzplanung veranschlagt – unabhängig von der Prüfung, ob eine solche Baumaßnahme auch im Rahmen einer Public-Private-Partnership-Initiative durchgeführt und wirtschaftlich darstellbar gerechnet werden kann. Mit den Kostenträgern im Gesundheitswesen wird zu verhandeln sein, wie hoch eine Beteiligung für den Anteil des Rettungsdienstes sein wird. Zudem haben wir nach einem Umzug der Feuerwehr die Möglichkeit, das Areal an der Rheinstraße frei zu vermarkten und so einen Beitrag zu den Investitionskosten zu generieren.

Die Möglichkeit, neben den vielen anderen laufenden Projekten den Neubau einer Feuerwache zu finanzieren, zeichnet ebenfalls den verantwortlichen Umgang mit unseren finanziellen Ressourcen aus und macht die Stadt Brühl auch in diesem Bereich zukunftsfähig.

Derzeit werden verschiedene Grundstücke auf ihre Geeignetheit hin überprüft. Im Hinblick auf die zu führenden liegenschaftlichen Verhandlungen bitte ich um Ihr Verständnis, dass ich zu den potentiellen Grundstücken heute hier nicht detailliert Stellung nehme. Ich gehe davon aus, Ihnen noch vor Abschluss der Etatberatungen einen möglichen Standort dieses Projektes präsentieren zu können.

Doch lassen Sie mich zurückkommen auf das **Thema Personal**. Im vergangenen Jahr haben wir eine umfangreiche **Strukturänderung in der Verwaltung** vorgenommen. Im Zuge der Besetzung der neuen Beigeordnetenstelle sind Fachbereiche zusammengelegt oder eingespart worden. Die jeweiligen Führungspositionen wurden durch Umsetzung oder Pensionierung ersatzlos gestrichen, so dass die seinerzeit prognostizierte Personalkosteneinsparung auch entsprechend realisiert werden konnte. **Zudem haben wir unterjährig erneut zahlreiche Stellen eingespart.** Unter Berücksichtigung der notwendigen Neueinstellungen im Bereich der Kindertagesstätten (3,57 Stellen) und der Feuerwehr (10 Stellen) mussten wir **trotz insgesamt 8,24 eingesparter Stellen den Personalkörper noch einmal um 5,33 Stellen erweitern.**

Durch den Wegfall einzelner Fachbereichsleitungen gelangen die jeweiligen Abteilungsleitungen zunehmend in die direkte Verantwortung ihres Tuns. Einerseits zwar ein höheres Maß an Verantwortung für den Einzelnen, andererseits aber auch eine Erhöhung der Arbeitszufriedenheit und der Motivation.

Um der veränderten Verantwortungssituation Rechnung zu tragen, haben wir in konstruktiven Gesprächen mit dem **Personalrat** und der **Gleichstellungsbeauftragten** einen Stellenplan für die kommenden beiden Jahre aufgestellt, der insbesondere im Bereich der Abteilungsleitungen einzelne Anhebungen vorsieht.

Meines Erachtens gehören die Leistungen von engagierten, motivierten und kostenbewussten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern honoriert, weswegen ich Sie, meine Damen und Herren des Rates bitte, auch hierbei meinen Vorschlägen zu folgen.

Schlussbemerkungen

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen des Rates,

meinen Ausführungen konnten Sie entnehmen, **dass wir alle wesentlichen Projekte, die die Zukunftsfähigkeit unseres Gemeinwesens ausmachen, im vorliegenden Doppelhaushalt finanziert haben.**

Das war und ist aber nur möglich, weil wir an vielen Stellen unter Anlegung eines strengen Maßstabes gespart haben.

Und auch für die Zukunft kommen wir nicht umhin, unseren Haushalt weiter zu konsolidieren. Das gehört auch die Hilfe von außen. Ich nenne noch einmal das **Stichwort Konnexität**. Wir können nicht all das auffangen, was Bund und Land uns durch nicht gegenfinanzierte Aufgaben aufbürden. In eine leere Tasche lässt sich zwar hineingreifen, aus ihr lässt sich aber nichts herausholen.

Manchmal helfen uns Lösungen auf alleiniger, lokaler Ebene nicht weiter. Wir müssen den Blick über das Rathaus hinaus richten und uns regional Verbündete suchen. Ich denke hier beispielhaft an die auf den verschiedensten Ebenen praktizierte **Zusammenarbeit mit der Stadt Wesseling**. Derzeit überlegen wir, gemeinsam die **Aufgaben des Ausländerwesens** vom Kreis hin zu unserem kommunalen Verbund zu verlegen. Das macht insbesondere deshalb Sinn, weil bereits heute ein Großteil der vorbereitenden Aufgaben zur Erlangung eines Aufenthaltstitels vor Ort in der Bürgerberatung wahrgenommen wird.

Diese und ähnliche Dinge gilt es, vermehrt aufzuspüren und – wenn Einsparungen möglich sind – auch zügig umzusetzen. Fehlendes Geld darf dabei keine Entschuldigung für fehlende Ideen sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Rates,

die Schwerpunkte meiner Arbeit habe ich dargestellt, das dazu gehörende Zahlenwerk wird Ihnen gleich ausgehändigt. Wir alle konnten in den letzten Jahren eine Menge bewegen und zukunftsweisende Projekte auf den Weg bringen. **Trotz angespannter Haushaltslage haben wir wichtige und kostenträchtige Maßnahmen für die kommenden Jahre finanziert.**

Wie in jedem Jahr äußere ich auch dieses Mal die Bitte, den Haushalt im Konsens zu behandeln. Diese Bitte war mir niemals so wichtig wie heute. Wir haben in diesem Jahr schwierige und zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen.

Zum Abschluss danke ich dem Kämmerer und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die an der Aufstellung des Haushaltsentwurfes fleißig und engagiert gearbeitet haben sowie den Mitarbeitern der Hausdruckerei, die in der letzten Woche den Haushaltsentwurf für uns so handhabbar gemacht haben.

Ich wünsche Ihnen in den Fraktionen und Ausschüssen intensive und fruchtbringende Diskussionen und gute Ergebnisse zum Wohle unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Uns allen wünsche ich hierzu Gottes Segen und ein herzliches Glückauf!